

22.11.2023

## **RESOLUTIONSANTRAG**

der Abgeordneten Edlinger und Sommer

zu Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2024,  
Ltg.-223/V-1

betreffend **Wirtschaftsbildung in Schulen ausbauen**

Das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge ist wichtiger denn je. Die zunehmende Globalisierung und hohe Inflationsraten zeigen, dass unsere Wirtschaftswelt zunehmend komplexer wird. Gerade deshalb kommt der Wirtschafts- und Finanzbildung in unseren Schulen eine besondere Bedeutung zu.

Egal ob bei der Pensionsvorsorge, bei der Kreditaufnahme oder der Finanzveranlagung, ein umfassendes Bildungsangebot in diesen Bereichen ist die beste Vorbereitung auf das spätere Berufs- und Wirtschaftsleben. Es ist es eine notwendige Voraussetzung um ein gelungenes Finanzleben zu führen aber auch ein Schutz für mündige Konsumentinnen und Konsumenten sowie Anlegerinnen und Anleger.

Die Ausstattung junger Menschen mit dem für das Leben und den Beruf erforderlichen Wissen und Können, die Heranbildung selbständiger Urteilsfähigkeit und die Befähigung zur Teilhabe am Wirtschafts- und Kulturleben gehören zu den Kernaufgaben der Schulen. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass der Bund bereits erste Initiativen im Bereich der Lehrplanentwicklung mit z.B. flächenübergreifenden Themen zu Wirtschafts- und Finanzbildung ergriffen hat.

Auch das Land Niederösterreich hat bereits Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt. Im vergangenen Schuljahr wurde beispielsweise das Angebot des NÖ Finanzführerscheines der NÖ Schuldnerberatung an Polytechnischen Schulen pilotiert.

Trotzdem lernt der Großteil der heimischen Schülerinnen und Schüler in ihrer schulischen Laufbahn weiterhin zu wenig über wirtschaftliche Zusammenhänge, Geld und Finanzen. Gerade deshalb muss die Wirtschafts- und Finanzbildung in unseren Schulen ausgebaut, der Unterricht in diesem wichtigen Bereich verstärkt und dafür noch mehr Zeit vorgesehen werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht,

1. an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern in den Lehrplänen die Finanz- und Wirtschaftsbildung verstärkt vorzusehen, sowie
2. die bestehenden Angebote des NÖ Finanzführerscheines in Schulen zu forcieren.“